Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile $1\frac{1}{3}$ Sgr. Annahme: Kirchplatz 3 bei R. Graßmann und (Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.)

Stettiner Zeitung.

Preis der Zeitung auf der Post vierteljährlich 15 Sgr., mit Landbriefträgergeld $18\frac{3}{4}$ Sgr., in Stettin monatlich 4 Sgr., mit Botenlohn 5 Sgr.

Nr. 279. Donnerstag, 28. November 1872.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 26. November.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Das Haus brachte in seiner heutigen Sitzung die Berathungen über die Kreisordnung in dritter Lesung zum definitiven Abschluß.

In der Generaldebatte nahm zunächst Herr von Cranach das Wort, um noch einen letzten Schmerzensschrei über die „Vergewaltigung" der Altkonservativen auszustoßen. In den alten Provinzen, in denen zunächst die Kreisordnung zur Durchführung gelangen solle, behauptete er, sei die Majorität entschieden gegen die Vorlage, die Vertreter dieser Provinzen würden also majorisirt und unterlägen dem Druck des Ministeriums — eines Ministeriums, das doch nicht vergessen sollte, was es der konservativen Partei in der Konfliktszeit zu verdanken gehabt habe. Wenn es übrigens einmal in den Sternen geschrieben stehe, daß die Rechte unterliegen solle, so möge sie wenigstens ihrer Ueberzeugung treu bleiben und mit Ehren untergehen.

Abgeordneter Florschütz sprach den Wunsch aus, daß man baldmöglichst auch den westlichen Provinzen eine neue Kreisordnung geben möge, verwahrte sich aber dagegen, daß die Prinzipien des vorliegenden Gesetzentwurfes geeignet seien, ohne Weiteres auf die dortigen Verhältnisse angewendet zu werden.

Herr v. Gottberg führte noch einmal die Bedenken vor, die es den Altkonservativen unmöglich machten, für das Gesetz zu stimmen. Den Hauptgrund, an der bisherigen Haltung festzuhalten, finde er in dem Vorgehen der Regierung gegen das Herrenhaus, das nur pflichtmäßig seiner Ueberzeugung gemäß gestimmt habe. Durch eine Beeinträchtigung dieser Freiheit verstoße man gegen den altpreußischen Grundsatz: suum cuique. Die Motive, welche die Regierung für ihr Verhalten geltend mache, seien nach der „Provinzial-Correspondenz" einerseits, daß durch die Haltung des Herrenhauses das Ansehen der Krone erschüttert werde, andererseits, daß die weitere Entwickelung der Gesetzgebung durch Ablehnung der Vorlage vollständig gelähmt werden würde. Beides sei unrichtig. Das Abgeordnetenhaus sei der ursprünglichen Vorlage der Regierung ebenfalls entgegengetreten und doch habe Niemand behauptet, daß das Ansehen der Krone dadurch gelitten habe; bei der Weiterentwickelung der Gesetzgebung habe man vorzugsweise die Neugestaltung der Provinzialverfassung im Auge, die gegenwärtige Provinzialverfassung sei aber so vortrefflich, daß man gar keinen Grund habe, im Interesse einer Reform derselben die Vorlage anzunehmen. — Was seine persönliche Stellung als Landrath betreffe, so sei er allerdings der Ansicht, daß ein Beamter Bedenken tragen müsse, ein Mandat anzunehmen, wenn er dadurch in die Lage komme, der Regierung offene Opposition zu machen. Hier liege die Sache jedoch so, daß die konservative Partei denjenigen Standpunkt vertheidige, auf dem die Regierung anfangs selbst gestanden habe; wenn die letztere ihre Stellung jetzt geändert habe, so könne man doch von den Abgeordneten nicht verlangen, diese Wandelung ebenfalls mitzumachen und wie ein Rohr hin- und herzuschwanken. Als Graf Schwerin an die Spitze der Regierung gelangt sei, habe Redner geglaubt, sein Amt als Landrath niederlegen zu müssen, auf seine Anfrage habe ihm Graf Schwerin jedoch bemerkt, er möge ruhig im Amte bleiben und nach seiner Ueberzeugung stimmen. Hoffentlich werde die gegenwärtige Regierung nicht anders verfahren, als das liberale Ministerium.

Der Minister des Innern richtete an den Vorredner die Frage, welche Maßregeln der Regierung die Unabhängigkeit der Herrenhausmitglieder in Frage gestellt hätten. Bisher sei nichts geschehen, als daß die Regierung im Herrenhause die Erklärung abgegeben habe, daß sie einen sehr hohen Werth auf die Vorlage lege und dieselbe mit allen Mitteln durchzusetzen beabsichtige. Ob die Regierung noch zu weiteren Maßregeln greifen werde, stehe bis jetzt nicht fest, jedenfalls könne diese Absicht hier nicht zum Gegenstande der Diskussion gemacht werden. Die Situation habe eine gewisse Aehnlichkeit mit derjenigen, als die Regierung die Armeereorganisation durchzusetzen wünschte. Damals sei sie, um den Widerspruch des Abgeordnetenhauses zu brechen, zu einer Auflösung des Hauses geschritten und keinem Mitgliede der Rechten sei es eingefallen, darin eine ungerechtfertigte Beschränkung der Unabhängigkeit des Hauses zu sehen. Heute sei die Regierung von der Nothwendigkeit der Durchführung der vorliegenden Reorganisation ebenso durchdrungen, wie damals von der Nothwendigkeit der Armeereorganisation und sie bedauere lebhaft, heute bei der Rechten nicht dieselbe Unterstützung zu finden wie damals. Wenn Herr v. Cranach übrigens der Regierung ins Gedächtniß rufe, was die konservative Partei während der Konfliktszeit für sie gethan habe, so möge er doch auch nicht vergessen, was die Regierung damals für die konservative Seite des Hauses gethan. (Beifall.)

Gegen die Behauptung des Abg. Overweg, daß die Prinzipien der vorliegenden Kreisordnung sehr wohl geeignet seien, auch in den westlichen Provinzen einer neuen Kreisverfassung zu Grunde gelegt zu werden, protestirte Abg. Virchow auf Grund seiner aus eigener Anschauung geschöpften Erfahrungen. Es ist zu bedauern, führte derselbe weiter aus, daß es zur Zeit nicht thunlich sei, eine für die ganze Monarchie geltende Kreisordnung zu erlassen; jedenfalls müsse dies Ziel im Auge behalten werden, und in diesem Sinne sei die Vorlage nur als ein Provisorium zu betrachten, welches bestimmt sei, die östlichen Provinzen durch einen allmäligen Uebergang dem Standpunkt der westlichen Provinzen näher zu bringen. Wenn hierbei noch mit einer gewissen Schonung der bisherigen Verhältnisse verfahren werde, so habe die konservative Partei allen Grund, den Gesetzentwurf freundlicher anzusehen, als dies thatsächlich geschehe. Der Grund dieser Abneigung liege in der eigenthümlichen Auffassung der adligen Grundbesitzer, daß sie durch Beseitigung der bisherigen Zustände in durch Geschaft wohl erworbenen Rechten beeinträchtigt würden. Sie betrachteten sich als die Erben einer langen Vergangenheit, unbekümmert darum, ob sie ihren Adel erst in jüngster Zeit erlangt, ob sie ihre Rechte durch Kauf oder auf andere Weise erworben, oder nicht; sie übersähen, daß die Nachkommen der alten Ritter heute Nichts sind, als Spiritusfabrikanten und Wollproduzenten, und wenn sie in dem Glauben leben, daß sie, wie ehemals, sich als hervorragende Vertreter der Intelligenz betrachten könnten, so habe diese Anschauung ihren Grund nur darin, daß sie nicht über die Grenzen ihrer der Kultur wenig zugänglichen Gegenden hinausgekommen seien. Der vorliegende Gesetzentwurf werde wenigstens die Basis für eine Agitation zum weiteren Ausbau der Kreisverfassung in liberalem Sinne schaffen und deshalb werde die Fortschrittspartei trotz mancher Bedenken für denselben stimmen.

Hiermit wurde die Generaldebatte geschlossen. — Die Spezialdiskussion war ohne allgemeines Interesse. Nur bei wenigen Paragraphen versuchten die Gegner der Vorlage noch einmal, Amendements durchzusetzen, die ganze Art der Vertheidigung derselben zeigte jedoch, daß sie selbst an einen Erfolg ihrer Bemühungen nicht mehr glaubten. Der Gesetzentwurf wurde auch zunächst paragraphenweise und endlich im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 91 Stimmen unverändert angenommen. (Die Abgg. v. Lattorf und v. Stülpnagel enthielten sich der Abstimmung.)

Eine Anzahl von Petitionen, welche mit der Kreisordnung in Verbindung stehen, wird durch den so eben gefaßten Beschluß für erledigt erklärt.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung der Vorkaufs-, Näher- und Retrakt-Rechte in der Provinz Hannover. Der Justizminister bemerkt, daß die Vorlage in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Provinzialvertretung eingebracht sei, und wendet sich gegen ein Amendement Roscher's, welches die Aufhebung der betreffenden agnatischen Vorrechte auch für die Erbstammgüter der Ritterschaft des Herzogthums Bremen bezwecke, während die Vorlage in §. 3 die bisher geltenden Bestimmungen konservirt.

In der zweiten Berathung werden die 3 Paragraphen der Vorlage unverändert angenommen, nachdem der Justizminister sich nochmals gegen das Amendement Roscher ausgesprochen, welches weder von den Provinzialorganen, noch von dem Appellationsgericht in Celle empfohlen worden und geeignet sei, diesem so nothwendigen Gesetze im anderen Hause Schwierigkeiten zu bereiten.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und der Amtsblätter. Abgeordneter v. d. Goltz-Dramburg bedauert, daß mit der Emanation des Gesetzes nicht bis zur Einführung der neuen Kreisordnung gewartet worden, durch welche sich das Bedürfniß herausstellen würde, die Zwangsverpflichtung zum Halten dieser Blätter in weiterem Maße aufrecht zu erhalten, als die Vorlage bezwecke.

Regierungs-Kommissar Böttcher führt aus, daß die Staatsregierung, indem sie mit dem vorliegenden Entwurfe für alle Theile der Monarchie eine übereinstimmende Regulirung der Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und der Amtsblätter vorschlägt, von der Ueberzeugung geleitet worden sei, daß, um die gehörige Verbreitung der Gesetze und der amtlichen Erlasse genügend sicher zu stellen und den Staatsangehörigen, für welche diese Publikationen bestimmt sind, ausreichende Gelegenheit zu bieten, von dem Inhalte derselben Kenntniß zu nehmen, die Beibehaltung jener Verpflichtungen im Allgemeinen geboten sei. Die Staatsregierung glaube, daß nur auf diesem Wege eine hinreichende Gewähr für die zweckentsprechende Handhabung der Gesetze und für sorgfältige Beachtung der landesherrlichen oder behördlichen Vorschriften gegeben werde.

Abgeordneter Dr. Baehr (Kassel) erklärt sich für einen prinzipiellen Gegner der ganzen Zwangsverpflichtung, als einer ungerechtfertigten Sonderbesteuerung des Staatsbeamten, mit welcher selbst die gehaltlosen Referendarien und die Rechtsanwalte belastet würden.

In demselben Sinne äußert sich Reichensperger (Koblenz). Die ganze Maßregel sei und bleibe eine rein finanzielle, da man doch Niemand, der zum Halten der Gesetzsammlung verpflichtet sei, auch zum Lesen nöthigen könnte.

Ein Antrag v. d. Goltz auf Aussetzung der zweiten Lesung bis zur Publikation der Kreisordnung wird abgelehnt und sofort in dieselbe eingetreten.

§. 1 wird nach dem Antrage des Abgeordneten Baehrs angenommen, wodurch die Zwangsverpflichtung zum Halten jener Organe für die Staatsbeamten beseitigt ist.

Die übrigen beiden Paragraphen werden unverändert genehmigt, worauf sich das Haus um 4 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Anträge Reichensperger und v. Mallinckrodt und Rickert-Duncker.

Deutschland.

** **Berlin**, 25. November. Die letzten vertraulichen Berathungen des Staatsministeriums haben eine ganze Reihe von Mittheilungen nach sich gezogen, die fast sämmtlich in das Reich der Gerüchte zu verweisen sind und größtentheils der Glaubwürdigkeit entbehren. Obenan unter diesen Sensationsnachrichten steht wohl die, daß der Auswahl zu neuen Pairs zwei Listen zu Grunde gelegen haben sollen, deren einer das hiesige Ministerium des Innern, deren zweiter Varzin als Geburtsstätte zugewiesen wird. Es versteht sich wohl ganz von selbst, daß die Vorschläge zu neuen Mitgliedern des Herrenhauses zunächst in das Ressort des Innern gehören und das um so mehr, wenn vornämlich innere Angelegenheiten den ersten Anlaß zu solchen boten; eine Einwirkung des Ministerpräsidenten, ja des Gesammtministeriums wird dadurch ja keineswegs ausgeschlossen, erscheint vielmehr ganz natürlich. Die „N. Pr. Ztg." schreibt der Ministerialsitzung vom 22. d. Mts. als Motive der Berathung sogar nur die durch die Unglücksfälle an den Küsten hervorgerufenen Beschlüsse zu, ein Umstand, dessen Unrichtigkeit sich aus der gleichzeitigen Sitzung des Abgeordnetenhauses und der in dieser sofort gegebenen Antwort des Grafen Eulenburg auf die bezügliche Interpellation eigentlich ganz von selbst ergiebt. Das hochkonservative Blatt lebt zur Zeit überhaupt mit der ganzen Welt ein Wenig auf dem Kriegsfuße, als ob es gälte den alten Wahlspruch „Viel Feind, viel Ehr" aufs Neue zur Geltung zu bringen. So streitet es ganz besonders mit eiserner Konsequenz ab, daß Seitens zweier Führer ihrer Partei — man nennt von Kleist-Retzow und von Plötz — der Regierung Anerbietungen der Nachgiebigkeit gemacht wären, um einem Pairsschub auf diese Weise noch in letzter Stunde vorzubeugen. Dem Allen gegenüber kann und muß aber doch mit Bestimmtheit konstatirt werden, daß derartige Versuche thatsächlich und wiederholt gemacht und nur an dem festen Willen des Staatsministeriums gescheitert sind, welches von dem vorgezeichneten, mit Entschiedenheit und Erfolg eingeschlagenen Wege auch nicht um eines Haares Breite abweichen wird. — Ueber die Vorlage der Civilehe werden auch ununterbrochen vorzeitige Gerüchte verbreitet; so neuerdings wieder das, daß Betreff derselben bereits an entscheidender Stelle und zwar in einem Ministerkonseil berathen und beschlossen worden sei, eine Nachricht, die zur Zeit noch als entschieden verfrüht bezeichnet werden muß; dagegen ist ein anderer Entwurf im Kultusministerium fertig gestellt und auch bereits dem Staatsministerium zur Berathung zugefertigt worden, der des Gesetzes über den Austritt aus der Kirche. — Die vielfach beklagte und sehr bedeutend gewordene Steigerung der Fleischpreise scheint ihren Grund keineswegs in einem Mangel an Viehstand im Lande zu haben, da von demselben große, vielleicht eben zu große Mengen ins Ausland gehen. Im Jahre 1871 wurden nämlich ausgeführt 139,000 Stiere und Ochsen, 56,000 Kühe, 38,000 Stück Jungvieh, 63,000 Kälber, 378,000 Schweine, 1,791,000 Schafe und Ziegen, im Ganzen demnach etwa der Werth von fast $3\frac{1}{2}$ Millionen Thalern Fleisch.

Hamburg, 26. November. Nach einer der „Börsenhalle" aus Lissabon vom gestrigen Tage zugegangenen Nachricht ist das Schiff „Tacora" auf seiner ersten Reise von Liverpool nach Brasilien, in der Nähe von Cap St. Mary, am 29. v. Mts. gescheitert. Zwei Personen sind in den Wellen umgekommen, die übrigen Passagiere und die Schiffsmannschaft wurden gerettet. Das Schiff und dessen ganze Ladung sind muthmaßlich vollständig verloren.

Karlsruhe, 26. November. Die Kronprinzessin des deutschen Reichs ist mit ihren beiden jüngsten Kindern aus Bex hier eingetroffen.

Ausland.

Wien, 26. November. In der gestern stattgehabten Sitzung des Verfassungsausschusses des niederösterreichischen Landtags wurde der Antrag angenommen, daß die Regierung um unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht werde, nach welchem die Mitglieder des Abgeordnetenhauses künftig nicht mehr aus den Spezialandtagen entsendet, sondern direkt vom Volke gewählt werden. Auch der fernere Antrag, daß die Regierung bei Einbringung der interkonfessionellen Gesetze dem Reichsrathe einen Gesetzentwurf vorlege, welcher für den ganzen Umfang der im Reichsrathe vertretenen Länder das Verbot des Jesuitenordens bestimme — fand die Zustimmung des Verfassungsausschusses.

Bern, 26. November. Die Regierungen der zur Bischöflichen Diöcese Basel gehörenden Kantone Solothurn, Bern, Baselland, Aargau und Thurgau haben die Beschlüsse der in Solothurn abgehaltenen Diözesankonferenz, betreffend das Dogma der Unfehlbarkeit und den Bischof Lachat von Basel, nunmehr definitiv genehmigt. Die Regierungen der Kantone Zug und Luzern, welche die Diöcesankonferenz nicht beschickt hatten, haben sich den genannten Kantonsregierungen nicht angeschlossen. — Die Gemeindeversammlung von Solothurn hat ebenfalls das Unfehlbarkeitsdogma verworfen.

Paris, 24. November. Abends 10 Uhr. Der „Soir", der soeben erscheint, bringt inhaltsschwere Nachricht aus Versailles. Die Rechte hat wirklich einmal Courage gehabt. Die anti-republikanische Majorität der Kommission Kerdrel verlangt von Herrn Thiers, daß er ein neues Ministerium bilde. Herr Thiers hat dessenungeachtet noch nicht abgedankt und spricht auch vorläufig noch nicht davon. Jedoch schreibt der „Soir": „Angesichts der von der Rechten ergriffenen Maßregel glauben wir nicht, daß der Präsident einen ferneren Schritt auf dem Wege der Versöhnung machen kann. Die Minorität wird ihre Protestation der Kammer vorlegen und der Kampf wird danach vor ganz Frankreich ausgesprochen werden. Dann werden wir sehen, ob die Majorität der Versammlung den Muth haben wird, den großen Patrioten zu verlassen, der Frankreich vor dem Verderben gerettet hat, um sich den ränkischen Umtrieben eines Broglie und Changarnier anzuschließen."

Es ist in diesem Augenblicke schwer, sich eine Meinung zu bilden. Ist die Nationalversammlung konsequent, so stimmt sie für den, der ihr am meisten Furcht zu machen versteht. Aber ob das Herrn Thiers oder dem Herzog d'Audiffret, dem Präsidenten der Kommission Kerdrel, gelingen wird, kann sich erst in den nächsten 48 Stunden entscheiden. Herr Thiers ist ein sehr gewandter Mann . . .

Paris, 24. November. Die Dinge nehmen bis jetzt ganz den Verlauf, den mein gestriger Bericht vorhersah. Der Krieg zwischen Herrn Thiers und den Monarchisten ist erklärt. Im Grand-Hotel hielt soeben die Linke eine Berathung, in welcher die Herren Albert Grevy und Emanuel Arago über die Vorgänge in der Kommission Kerdrel Bericht erstatteten; sie bestätigen, daß die Majorität und die Minorität jede mit ihrem eigenen Referat vor die Kammer treten werden, daß die von der Majorität vorgeschlagene Tagesordnung die Aufrechterhaltung des Paktes von Bordeaux und eine effektive Ministerverantwortlichkeit verlangen, die Minorität dagegen eine einfache Zustimmung zu der Botschaft, d. i. ein unbedingtes Vertrauensvotum für Herrn Thiers beantragen wird. Der letztere Antrag wird zur Vereinfachung des Verfahrens zuvor sämmtlichen Fraktionen der Linken mitgetheilt werden, damit die Fassung zu keinerlei Diskussion im Plenum mehr Anlaß geben kann. Sämmtliche Parteien sind, da auch die Rechte mit dem Standpunkte der Majorität der Kommission einverstanden ist (Fortdauer des Provisoriums, streng parlamentarisches System und Vertagung aller konstitutionellen Fragen bis nach gänzlich vollzogener Räumung des Landesgebiets), zur Hauptschlacht bereit, welche Dienstag oder spätestens Mittwoch geliefert werden wird. Herr Batbie wird den rechten, Herr v. Lasteyrie den linken Flügel der Kommission befehligen. Die Sperrsitze im Theater von Versailles sind schon für die ganze Woche vergriffen.

— Meine gestrigen pessimistischen Anschauungen muß ich heute vollkommen bestätigen; es liegen zwar heute, Sonntag, keine neue Thatsachen vor, aber alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Situation einen immer bedenklicheren Charakter annimmt. Ueber

die gestrige Sitzung der Kerdrel-Kommission ist nichts Genaues bekannt geworden und der Präsident derselben, Herzog von Audiffret-Pasquier, hat sogar heute Abend in den Organen der Majorität einen Brief veröffentlicht, in welchem er die Mittheilungen der offiziösen Presse über die Kommissionsverhandlungen als falsch erklärt; aber in der Umgebung des Präsidenten erzählt man Jedem, der es hören will, daß die Majorität der Kommission von Herrn Thiers nicht das geringste Zugeständniß erlangt habe und daß wenig Aussicht vorhanden sei, ein Einverständniß zu erzielen; es sei denn, daß die Kommission im letzten Augenblicke sich entschließe, ihre „durchaus unzuläſsigen, unmöglichen" Forderungen aufzugeben und sich zu fügen.

Das „Bien public" bringt heute Abend zwei Artikel, welche wenig geeignet sein dürften, versöhnlich zu wirken. In der ersten dieser offiziösen Auslassungen giebt man sich den Anschein, als ob ein Einverständniß unzweifelhaft sei, endet dann aber mit der folgenden Drohung: „Wenn es in der Nationalversammlung einige Waghälse giebt, immer bereit, den Schlachtruf ertönen zu lassen und die Degen zu ziehen; wenn es selbst gewisse hinreichend verwegene Gruppen giebt, um eine Krisis heraufzubeschwören und die Verantwortlichkeit derselben vor dem Lande auf sich zu nehmen, so giebt es doch keine dermaßen Wahnwitzige, um sich den schrecklichen Zufällen einer Krisis auszusetzen, welche einen Regierungswechsel nach sich ziehen würde, in den eigenthümlichen Verhältnissen, in denen wir uns befinden, dicht neben dem Feinde, welcher noch auf unserem Gebiete steht und Angesichts einer finanziellen, ökonomischen und kommerziellen Situation, deren günstige oder ungünstige Lösung der Ruin oder das Wiedererwachen des nationalen Wohlstandes sein kann."

Man sollte meinen, es wäre unmöglich, diese hohle, nichtssagende Phraseologie zu übertreffen, und dennoch gelingt das den offiziösen Federn von Versailles.

Der zweite Artikel des „Bien public" schließt mit folgender an die Rechte gerichteten Apostrophe:

„Wir täuschen uns sehr oder wir bemerken hinter dieser angeblichen Regelung der Beziehungen des Präsidenten zur Versammlung die Inscenirung eines Konfliktes, diesmal der letzte, welcher den Rücktritt des Herrn Thiers unvermeidlich machen und durch den das Resultat, welches man verfolgt, nicht minder unvermeidlich erreicht werden wird. An die Republik zu rühren, macht Angst, und es sind eben nur Wahnwitzige oder Naive, welche davon sprechen; aber Alles in Frage stellen, Alles dem Chaos und der Anarchie überliefern, mit einem Worte das Wasser trüben in der Hoffnung, darin leichter, man weiß noch nicht was, zu fischen — das ist die Hoffnung, welche seit der Botschaft die monarchischen Parteien nicht aufgehört haben zu nähren, welche ihre Organe verbreitet haben und die wir unsererseits nicht aufhören zu enthüllen.

Wird man wirklich den Versuch machen? Wir zweifeln noch daran. Und vorausgesetzt, man wagt den Versuch, wird er gelingen? Wir zweifeln noch mehr daran. Wenn die Gewißheit des Bürgerkrieges und einer neuen Invasion nicht hinreichte, den unversöhnlichen Feinden der Republik die Augen zu öffnen, so würde sicher die andere nicht minder unzweifelhafte Gewißheit, die der Rückkehr des Kaiserreiches, dieselben aufhalten. Denn in der That, was diese Leute einzig der Republik vorwerfen können, das ist, ihren Platz eingenommen zu haben; aber wenigstens hat sie weder den Ruin noch die Zerstückelung des Landes hinzugefügt."

Diese beiden Proben werden sicher genügen, um die augenblickliche offiziöse Schreibweise zu kennzeichnen. Ob mit solchem Zeuge eine Wirkung auf die öffentliche Meinung geübt werden kann, will ich dahingestellt sein lassen; aber auf die parlamentarische Opposition in Versailles wird es sicher wirkungslos bleiben oder gar die Gereiztheit nur verstärken. Uebrigens habe ich mir nur deshalb die Mühe gegeben dieses Kauderwelsch zu verdeutschen, weil in demselben in bemerkenswerther Weise mit dem bonapartistischen Gespenste gedroht und außerdem eine neue Invasion in Aussicht gestellt wird.

Was das bonapartistische Gespenst betrifft, so giebt es allerdings immer mehr Leute, welche der Ansicht sind, daß das Kaiserreich von diesen unseligen Parteikämpfen profitiren könne; aber die Majorität ist ja mit Herrn Thiers nur deshalb in Konflikt gerathen, weil sie überzeugt ist, die Politik des Präsidenten müsse Frankreich rettungslos den Radikalen überliefern. Es ist nun aber die Frage, was die Majorität mehr fürchtet, eine Restauration des Kaiserreiches oder das Gelangen der Radikalen zur Gewalt. Ueber die Frage will ich mir kein Urtheil erlauben, dagegen dürfte es mir gestattet sein meine Ansicht auszusprechen, daß die Majorität hinreichend orientirt sein wird, um eine „neue Invasion" als unbedingte Folge des Sturzes der augenblicklich vollziehenden Gewalt nicht zu befürchten.

Versailles, 26. November. Der Präsident der Republik und die Kommission für den Antrag Kerdrel halten, wie die „Agence Havas" meldet, ihre von einander abweichenden Ansichten durchgehends aufrecht. Trotz der ernsten Lage sei indeß alle Hoffnung auf das schließliche Zustandekommen einer Verständigung noch nicht aufgegeben.

Rom, 26. November. Der „Osservatore romano" versichert in Erwiderung auf eine bezügliche Mittheilung der „Deutschen Reichspost", daß der Papst weder eine Summe aus der Spitzeder'schen Bank in München erhalten, noch überhaupt in irgend einer Beziehung zu derselben gestanden habe.

Rom, 25. November. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer griff Nicotera das Ministerium wegen der militärischen Maßregeln an, welche dasselbe gestern zur Verhinderung von Ruhestörungen bei dem Meeting getroffen, das von Delegirten der demokratischen Gesellschaften beabsichtigt und von der Regierung verboten worden war. Da es sich nur um einige Hundert Repräsentanten der demokratischen Gesellschaften gehandelt habe, so könnten dergleichen übertriebene Vorsichts-Maßregeln nur zu falschen Voraussetzungen über die Zustände des Landes Veranlassung geben, welches sich doch vollkommener Ruhe erfreue. Der Ministerpräsident Lanza erwiderte, es sei notorisch, daß die zu dem Meeting abgeordneten Delegirten den Beschluß der Regierung, der dasselbe untersagte, nicht hätten respektiren wollen und konstatirte, daß die Regierung nur vorsichtig gehandelt habe, wenn sie sich gegen jede Ueberraschung vorgesehen, um Unordnungen und Gesetzesüberschreitungen zu verhüten. Derselbe erklärte ferner, daß das Ministerium nur vier Bataillone mit einigen Karabiniers nach Rom berufen habe und daß dasselbe nur seine Pflicht gethan zu haben glaube, indem es die Möglichkeit von Unordnungen verminderte. Nicotera war durch diese Erklärung des Ministerpräsidenten nicht zufriedengestellt und beantragte die Annahme einer Tagesordnung, in welcher das Bedauern des Hauses darüber ausgesprochen werden soll, daß die Regierung das Interesse der Ordnung und die Würde des Staates nicht verstanden habe. Auf Antrag des Ministerpräsidenten wurde die Debatte über diesen Antrag auf morgen festgesetzt. Darauf wurde von der Kammer die Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern eröffnet. Der Deputirte Micelt sprach sich über die Haltung des Ministeriums des Auswärtigen, Visconti Venosta, tadelnd aus und verlangte Aufklärungen über die Frage betreffs der Meterkommission, sowie der Laurion-Angelegenheit. Carutti forderte ebenfalls Aufschlüsse über die im Schooße der Meterkommission entstandenen Fragen, sowie Mittheilung der Dokumente über die Laurionfrage und über die Genfer Konferenz. Am Schlusse der Sitzung zog Nicotera seinen Antrag auf die oben erwähnte Tagesordnung mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Diskutirung des Antrages den am gestrigen Tage Verhafteten nachtheilig sein könne, zurück. — Der König ist heute hier eingetroffen.

Madrid, 25. November. Die Genesung des Königs ist soweit fortgeschritten, daß von nun an keine Bülletins mehr veröffentlicht werden. — Die Aushebung hat im Allgemeinen ruhig stattgefunden. Von mehr als 30 Hauptstädten sind die befriedigendsten Nachrichten darüber eingegangen, darunter Barcelona, Valencia, Zaragoza und Corunna. Nur in Madrid und Segovia hat die Aushebung zu unbedeutenden Ruhestörungen Veranlassung gegeben. Da die Regierung grundsätzlich keine Präventivmaßregeln trifft, um die Verfassung nicht zu verletzen, so haben sich in Despennaperros einige republikanische Banden gezeigt, gegen welche hinreichende Streitkräfte ausgezogen sind. Andere in Arcos und Alkoy haben nicht Stand gehalten. Es bleibt nur in Murcia eine Bande von 3—400 Mann, aber keiner dieser Aufstandsversuche ist angethan, der Regierung die geringste Befürchtung einzuflößen.

Madrid, 25. November. In der heutigen Sitzung des Kongresses machte der Ministerpräsident Zorilla Mittheilungen über die letzten Ruhestörungen in der Provinz. Der Minister mißt denselben wenig Bedeutung bei und hält die Aufrechterhaltung der Ruhe für gesichert. — Heute früh sind Truppen nach Andalusien dirigirt, welchen morgen weitere folgen werden. Die aus Velez-Malaga gemeldeten Ruhestörungen sind sofort unterdrückt worden. Der Militärdistrikt von Murcia ist in Belagerungszustand erklärt. Verflossene Nacht hat in Santander eine republikanische Bewegung stattgefunden, welche indeß ebenfalls sofort wieder unterdrückt wurde. Auch aus Gijon werden Ruhestörungen gemeldet.

Washington, 26. November. Ueber die Botschaft des Präsidenten wird mitgetheilt, daß dieselbe die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten und deren Beziehungen zu den Mächten des Auslandes sehr ausführlich behandeln werde.

— Die Botschaft des Präsidenten empfiehlt, wie unterrichteterseits ferner verlautet, Maßregeln zur Herstellung des amerikanischen Handels auf den Zustand, wie er vor dem Kriege bestanden hat. — Ein Bericht des Marineministers fordert die vollständige Reorganisirung der Marine.

Provinzielles.

Stettin, 27. November. Wie bereits gemeldet, hatte sich der Oberpräsident, Freiherr v. Münchhausen, vor einigen Tagen nach Vorpommern begeben, um persönlich über den Umfang des durch die Sturmfluth verursachten Schadens, sowie über die Lage der bedrängten Küstenbewohner sich zu unterrichten. In der vorgestrigen Sitzung des hiesigen Provinzial-Ausschusses entwarf Herr v. Münchhausen in einem ausführlichen Vortrage eine ergreifende Schilderung von dem Elend, das er nunmehr aus eigener Anschauung kennen gelernt und das in der That jeder Beschreibung spottet. Alle Mitglieder des Ausschusses waren von diesem Vortrage auf's Tiefste bewegt. Es wurde dann beschlossen, 10,000 Thlr. als ferneren Beitrag dem Central-Comité für Neuvorpommern in Stralsund zur Verfügung zu stellen. Diese Summe ist bereits in dessen Händen.

— Wie wir einer vom Stadtrath Herrn Dr. Dohrn an die „Ostſ.-Ztg." zu den hiesigen Bahnhofs- und Hafenbauprojekten" gerichteten Zuschrift entnehmen, hat sich bereits im August d. J. ein Konsortium, aus den Herren Dr. Dohrn, C. Arlt, A. …urscher, C. Francke, Th. Gribel, A. Hoeber, F. Ivers, … Poll, Proschwitzky, Joh. Quistorp, C. H. Schultz und A. Weylandt bestehend, gebildet, das sich die spezielle Aufgabe gestellt hat, die Schlächterwiese zu erwerben, in zweckmäßige Hafenanlagen umzuwandeln, und auf neutralem Grund und Boden der Berlin-Stettiner und der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn einen nicht durch Konkurrenzrücksichten behinderten Hafenverkehr zu gewähren.

— Am 2. Dezember findet auf dem Schlachtfelde bei Gravelotte in der Nähe der Ferme St. Hubert die Einweihung des, von dem Offizierkorps des 5. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42 den im Feldzuge 1870/71 gebliebenen Kameraden gesetzten Denkmals statt.

— Von den bei der heutigen engeren Wahl in der 1. Abtheilung des 3. Wahlbezirks abgegebenen 95 Stimmen erhielt der Buchhändler Herr Dannenberg 56, der Fabrikbesitzer Herr Bernhard jun. 39. Ersterer ist sonach zum Stadtverordneten gewählt.

— Der Circus Salamonsky fährt fort, eine große Anziehungskraft auszuüben und mit Recht, die Piecen und Dressur der Pferde lassen eben so wenig zu wünschen übrig, als die Bravour und Geschicklichkeit der Reiter, als die Anmuth und Schönheit der Reiterinnen. Zu den vier arabischen Hengsten hat sich noch ein fünfter gefunden, ein wahres Prachtstück seiner Art. Die Dressur derselben, wohl die bedeutendste der Leistungen des Circus, ist in der That bewundernswerth. Wild brausen die Thiere dahin, schon fürchtet man, ihr Feuer wird sie gänzlich fortreißen, da plötzlich stehen sie wie durch Zauberei fünf Statuen ähnlich, um sich eben so plötzlich hoch aufzubäumen und auf's Neue durch die Arena zu jagen. Aber nicht minder wird unser Auge gefesselt, wenn wir die Parforcesprünge des Herrn Wells mit ansehen, oder wenn Frl. Emilie, Miß Mayol oder Frau Salamonsky selbst ihre „Exercitien" ausführen und ihre Rosse im Kreise herumtummeln, eine Kreisordnung, deren Reform von keiner Seite gewünscht wird. Dazwischen sorgen die Clowns für die Lachlustigen. Freilich sind ihre Witze derb und für die Gallerie berechnet. Ein Stoß mit dem Fuße, ein gellender Backenstreich, ein Hieb mit dem Prügel, Sand in die Augen, das sind die Scherze, die man hier sieht. Aber wer wollte es läugnen, es ist ein eigenthümlich wohlthuendes Gefühl, einem andern so unvermuthet eins beigebracht zu sehen, und je lauter der Hieb schallt, um so vergnügter wird das Publikum, vor allem das hochstehende, der Olymp, der sich hier so recht in seinem Elemente fühlt und einen Korpsgeist besitzt, wie an einer andern bekannten Stelle nur irgend der alte und befestigte Grundbesitz.

„Gebben Sie mir eine Stuhl" ruft ein Clown, „noch eine Stuhl, noch eine Stuhl" und springt mit kühnem Salto mortale über alle fort. „Noch eine Stuhl" ruft eine Stimme, der Clown ist's zufrieden und das Publikum ist entzückt. Dazu die barocke Kleidung, die einen unwiderstehlich komischen Eindruck macht, und uns fast die wunderbare Gewalt vergessen läßt, welche diese Männer über ihren Körper ausüben. Sehen wir beispielsweise Herrn Wels über sechs Pferde springen, es sieht durchaus so aus, als müsse er sich absolut das Genick brechen, da plötzlich ein, zwei, drei Ueberschläge in freier Luft, und wir sehen ihn gleichwohl so gesund wie einen Fisch im Wasser auf seine Füße zu stehen kommen, um uns gleich darauf einen noch kühneren, noch gewagteren Sprung vorzuführen. Nicht minder vorzüglich sind in ihrer Art die zwei Matrosen am Mast, überhaupt die Familie Mariany in ihrer Gymnastik. Wenn hierzu, wie wir hören, noch bald ein Chinese kommen wird, so möchte der Circus wohl die Erwartungen übertreffen, die seit dem amerikanischen Humbug ein wenig herabgestimmt waren, und ein Besuch desselben wohl mit zu den lohnendsten Vergnügungen zählen.

Stralsund, 27. November. Mit den hier eingetroffenen Kommissarien des Ministeriums, den Herren Geh. Reg.-Rath Danneman, Geh. Baurath Baensch und Oberforstmeister Ulrici, hat sich auch der Präsident der hiesigen Königlichen Regierung Graf von Behr-Negendank nach dem Zingst und Sundische Wiese begeben.

Morgen gehen Kisten mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Sundische Wiese und Pramort. Auch werden den genannten Orten Baumaterialien zur Ausbesserung ihrer Häuser ꝛc. zur Verfügung gestellt. Die Kaiserliche Admiralität soll gebeten werden, 500 blauwollene Matrosenhemden zum Einkaufspreise zu überlassen, damit dieselben an die Ueberschwemmten vertheilt werden. Besonders lebhaft werden an den beschädigten Orten eiserne Oefen begehrt. Da dieselben aber auf die Dauer in unsern Gegenden doch nicht gut verwandt werden können, dürfte es sich empfehlen, wenn solche leihweise für einige Zeit von ihren Besitzern hergegeben würden.

Vermischtes.

— (Kaiser Wilhelm ein Nigger.) Als Kapitän Andressen in diesem Frühjahr mit seinem Schiffe von Hamburg aus seine Reise nach der Westküste von Afrika machte, nahm er für einen der dortigen Negerfürsten, mit dem er befreundet war, eine Gypsbüste, den Kaiser Wilhelm darstellend, als Geschenk mit. Um die Büste sowohl gegen klimatische Einflüsse, als auch gegen die Zudringlichkeit der Fliegen zu schützen, hatte der Kapitän Andressen dieselbe aber schwarzbraun bestreichen lassen; dort angekommen, wurde die Büste in feierlicher Audienz übergeben. Nachdem der Fürst die Büste lange Zeit genau betrachtet, brach er endlich in die Worte aus: „Das sind also die Gesichtszüge des großen Mannes, der den mächtigen Kaiser Napoleon geschlagen und gefangen genommen hat. Was mich aber am meisten interessirt, ist, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß Kaiser Wilhelm ein „Nigger" ist."

— Das „Wiener Tageblatt" bringt folgendes Inserat: „Eine hübsche, fesche Wittwe, mit einem bedeutenden Vermögen von 10,000 fl. Witz, 20,000 fl. Geist und einer Million Geduld, sowie im Besitze der allernothwendigsten Treue, sucht im Finstern ein Meteor — einen Mann — zum ewigen Bunde. Anträge unter Chiffre „Hollahoh! Die wilde Jagd!" poste rest. Hauptpost."

— Ein Schauspieler in Wien hat beim österreichischen Handelsministerium das Privilegium auf eine eigenthümliche Art von Zeitungs-Annoncen erwirkt. Diese Annoncen sollen nämlich an den Rändern der Journale gedruckt und nach Art der Coupons zum Ablösen eingerichtet werden, so zwar, daß der Leser mit geringer Mühe sich konvenirende Ankündigungen ablösen und aufheben kann, während jetzt oft ein ganzes Blatt zerrissen wird.

Literarisches.

Jenny Hirsch, der Frauen-Anwalt. Unter diesem Titel erscheint monatlich eine Zeitschrift, welche sich die Vertretung der Rechte der Frauen zur Aufgabe gestellt hat. Die Verfasserin charakterisirt die bisherige Haltung der Zeitschrift mit folgenden Worten: Der „Frauen-Anwalt" war bemüht, den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen, indem er erörterte, was den Frauen in jener großen Zeit ziemte, indem er aufzählte, was von ihnen geleistet ward. Er hat an diese Leistungen und an die im Kriege gemachten Erfahrungen anknüpfend, die auch auf dem Gebiete der Frauenfrage durch den Riesenkampf gegebenen Lehren zu entwickeln und zu verwerthen gesucht und ist in Zeiten des Krieges wie nach wiedergekehrtem Frieden darauf bedacht gewesen, nach allen Seiten für eine gründlichere und sorgfältigere Bildung des weiblichen Geschlechtes, für Erweiterung der Arbeitsgebiete, für Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Stellung der Frau mit warmen Worten einzutreten, und eine sorgfältig zusammengestellte Uebersicht dessen zu geben, was in dieser Beziehung an den verschiedensten Punkten der civilisirten Welt geleistet wird. Wie wir aber den Beruf des Weibes als Gattin, Mutter und Hausfrau dabei nie aus den Augen setzten, sondern ihn vielmehr immer voranstellten und auf ihn vorzugsweise Rücksicht nahmen, so traten wir auch mit voller Entschiedenheit allen krankhaften Uebertreibungen und Ausschreitungen entgegen, welche wie bei jeder Bewegung so auch in der sogenannten Frauenfrage zu Tage kommen und ihr mehr Gefahr bringen als ihr von ihren bittersten Feinden bereitet werden kann. Dieser Haltung ist sie auch in den vorliegenden Heften treu geblieben, die viel des Guten und Anregenden enthalten.

Briefkasten.

H. M. Gr. B. 16½ Sgr.

Börsenberichte.

Stettin, 27. November. Wetter: Morgens starker Regen, später schön. Wind SW. Barometer 27" 11"'. Temperatur Mittags + 9° R.

Weizen wenig verändert, per 2000 Pfd. loco geringer 52—58 Thlr., besserer 62—65 Thlr., feiner 78—82 Thlr., per November 82½ Thlr. bez. u. Br., per November-Dezember 82—81¾ Thlr. bez., per Frühjahr 82, 82½, 82 Thlr. bez., 82¼ Br., 82 Gd., per Mai-Juni do.

Roggen Termine fester, per 2000 Pfd. loco russ. 52 bis 55 Thlr., inländischer 53—56 Thlr., per November 55¾, ⅜ Thlr. bez., per November-Dezember 55 Thlr. bez., per Dezember-Januar 55¼ Thlr. bez., per Januar-Februar 55¼ Thlr. bez., per Frühjahr 55⅝, 56, 55¼ Thlr. bez., per Mai-Juni do.

Gerste behauptet, per 2000 Pfund loco nach Qualität 50—56½ Thlr.

Hafer flau, per 2000 Pfund loco nach Qualität 38 bis 44½ Thlr., per Frühjahr 45¾ Thlr. Br.

Erbsen unverändert, per 2000 Pfund loco 42 bis 47 Thlr.

Rüböl still, per 200 Pfund loco 23⅓ Thlr. Br., per November, November-December u. December-Januar 22⅔ Thlr. Br., April 23¾ Thlr. Br., 23⅔ Thlr. Gd., September-October 24 Thlr. Br. u. Gd.

Spiritus höher, per 100 Liter à 100 Prozent loco ohne Faß Mai-Juni 18⅚ Thlr. bez., November 18⅚ Thlr. bez., per November-Dezember 18¼, ⅙ Thlr. bez., per Frühjahr 18⅝, 5/12 Thlr. bez.

Petroleum loco bei Kleinigkeiten 7 5/24 Thlr. bez., November-Dezember, Dezember-Januar u. Januar-Februar 7⅙ Thlr. Br.

Angemeldet: 250 Faß Petroleum.

Regulirungs-Preise: Weizen 82½ Thlr., Roggen 55¼ Thlr., Rüböl 22⅔ Thlr., Spiritus 18⅚ Thlr., Petroleum 7⅙ Thlr.

Landmarkt:

Weizen 60—81 Thlr., Roggen 52—57 Thlr., Gerste 40—51 Thlr., Hafer 28—32 Thlr., Erbsen 49—54 Thlr., Heu pr. Ctr. 22½—27½ Thlr., Stroh per Schock 7—9 Thlr., Kartoffeln 12—16 Thlr.

Russischer Gegenseitiger Boden-Credit-Verein.

In Folge von in mehreren größeren ausländischen Zeitungen veröffentlichten Aufforderungen an die Besitzer der Pfandbriefe des Russ. Gegenseitigen Boden-Credit-Vereins, sich mit in No. 242, 248, 249 der Deutschen Landes-Zeitung erschienenen Artikeln bekannt zu machen, wurde auch der Verwaltungsrath auf dieselben aufmerksam gemacht, und fand daß in diesen als positive Thatsachen auf die sich eine ganze Reihe von Beschuldigungen, Vermuthungen und Warnungen stütze, solche Daten angeführt werden die vollkommen der Wahrheit widersprechen. In Erwägung, daß vielen ausländischen Mitgliedern (laut §§. 29 und 94 der Statuten sind die Besitzer der Pfandbriefe Mitglieder des Vereius, nehmen als solche Theil an den Generalversammlungen und können zu Mitgliedern des Verwaltungsraths und der Taxations-Kommission des Vereins gewählt werden) des Vereins, dessen Geschäftsbestand bis in seine Einzelheiten nicht genügend bekannt sein dürfte, und daß ferner ähnliche Berichte, wie die obenerwähnten, dieselben irre leiten können, hält es der Verwaltungsrath für seine Pflicht, zu deren Aufklärung den wirklichen Geschäftsbestand des Vereins darzulegen, mit Berücksichtigung der in der deutschen Landeszeitung berührten Fragen.

Im Jahre 1867 bald nach Eröffnung des Vereins, wandte sich der Verwaltungsrath an die Rothschildschen Häuser mit dem Ersuchen, die speciellen Bankgeschäfte wie die Emission und Placirung der Pfandbriefe des Vereins, sowie die Einlösung deren Coupons an ihren Cassen zu übernehmen. Es wurde damals mit genannten Häusern für beide Operationen eine Vereinbarung die ersten 50 Millionen Pfandbriefe umfassend, getroffen und dieselben in diesem Jahre für weitere 50 Millionen erneuert. Es ist hierbei selbstverständlich, daß die Rothschildschen Häuser, indem sie nur als Commissionsgeschäft den Verkauf der Pfandbriefe auf sich nahmen, in keinem Falle an der Geschäftsverwaltung Theil nahmen und keinerlei Summen in die Cassen des Vereins niederlegten.

Die Verwaltung der Geschäfte des Vereins ist dem Verwaltungsrath und die endgültige Bestätigung der Taxationen der Taxations-Commissions anvertraut, deren Mitglieder gemäß §. 9 der Statuten durch die General-Versammlung aus der Mitte derjenigen Mitglieder des Vereins, die entweder eine von dem Verein mit wenigstens Ru. 10,000. beliehenes Gut besitzen oder Besitzer von Pfandbriefen für Ru. 30,000. sind, gewählt werden. — Mitglieder des Verwaltungsraths sind gegenwärtig:

Präsident: Wirkl. Staatsrath **Feucker,**
Mitglieder: Gen.-Lieut. Graf **A. P. Bobrinskoy,**
" Senator Gen.-Lieut. Graf **Krenz,**
" Collegien-Assessor **W. Müller,**
" Wirkl. Staatsrath **W. Posmansky,**

und der Taxations-Commission:

Präsident: Gen.-Major **A. Mossoloff,**
Mitglieder: Geheime Rath **K. Martschenko,**
" Baron **B. Vietinghoff,**
" Wirkl. Staatsrath **E. Protassjeff,**
" Hofrath **Kriwzoff.**

Mit der unmittelbaren Geschäftsführnng (Procura) ist durch Vollmacht des Verwaltungsrathes als Director Staatsrath H. v. Gerstfeldt betraut. Nach Maßgabe der durch Verkauf der Pfandbriefe des Vereins erlösten Summen publicirte jedesmal der Verwaltung den Betrag, welcher den Darlehnnehmern in Credit-Rubeln für jedes Hundert des Nominalbetrages des Darlehns ausgezahlt werden sollte.

Zur Zeit des Beginns des Geschäfts war der Preis aller festen Zins tragenden Papiere überhaupt niedrig; unsere Pfandbriefe, ihrer Neuheit auf dem Markte wegen, wurden weit unter den jetzt bedeutenden Preisen emittirt, somit war der obengenannte Betrag damals gering, doch niemals unter Ru. 84. Credit für je Hundert des Darlehns, bald aber stieg er auf No. 90 — 92 — 93 — 96 und zuletzt auf Ru. 97. Am 20. April d. J. beschloß die Generalversammlung in Anbetracht des Principe der Gegenseitigkeit des Vereins, gemäß welchem alle Mitglieder möglichst gleich an den Vortheilen Theil zu nehmen haben, **den Ueberschuß, der über diese letzte Summe hinaus für die Pfandbriefe gelöst wird, unter diejenigen Mitglieder- (Darlehnnehmer) zu ertheilen, welche für ihre Darlehne weniger als 97% erhalten und so lange damit fortzufahren bis durch erfolgte Nachzahlung alle Darlehnnehmer zur Höhe dieser Summe gelangt sein würden.**

Infolge dieses Beschlusses haben dieselben gegenwärtig schon 28% der Summe erhalten, welche jeder weniger als R. 97% pro Hundert Nominal empfangen hat.

Die Zahlungen der Darlehnnehmer sind laut Statuten festgesetzt, und zwar: für je Ru. 100 Nominalbetrag des Darlehns Ru. 5 Kling-Münze für Zinsen, 62½ Kopeken für Tilgung (die Prämie von 25% für ausgelooste Pfandbriefe inbegriffen) und bis 50 Kopeken für Verwaltungskosten. Außerdem einmalig beim Empfange des Darlehns zur Bestreitung der Taxations-Unkosten 1 %.

In Anbetracht der Gewinne, welche der Verein von den Zinsen des Vereins-Kapitals unter halbjährig vorausgeleisteten Terminzahlungen der Darlehnsnehmer, ferner von den Conventionalstrafen auf nicht rechtzeitige Zahlungen, und von dem 1% Commission für Darlehne auf kurze Termine, — erzielt, war der Verein schon nach dreijährigem Bestehen in den Stand gesetzt die Erhebung des Satzes für Verwaltungs-Unkosten einzustellen, wobei der erwähnten Gegenseitigkeit wegen bestimmt wurde, die Summe, die bis dahin von den ersten Darlehns-Nehmern eingezahlt war, auch von den neu eintretenden zu erheben, jedoch nicht durch directes Einzahlen derselben, sondern durch Abzug von den späteren Dividenden. Ebenso ist auch das Einzahlen des einmaligen Satzes von 1 % für Taxationsunkosten aufgehoben und durch Abzug von den Dividenden ersetzt. Die also übrigbleibenden Ru. 5,62½ Ko. kling. Müuze sind durch die Generalversammlung, der Vereinfachung wegen, auf Ru. 6,80 Kop. Kredit normirt. Bei dieser Norm blieben alljährige Ueberschüsse, welche auf Grund §. 120 der Statuten nach Abzug der nöthigen Verwaltungsunkosten für das folgende Jahr und 10 % zum Reserve-Kapital, den Darlehns-Nehmern als Dividende bei der Zahlung obenerwähnter Beträge gutgeschrieben wurden. — Die Höhe dieser Dividenee betrug für das Geschäftsjahr 1868/9 — 85 Kopeken pro Hundert des Nominal-Schuldbetrages, 1869/70 — 80 und 1870/71 — 95 Kopeken und für das am 1. Juli a. c. abgelaufene Geschäftsjahr 1871/72 wird dieselbe noch bedeutend mehr betragen, ist jedoch noch nicht definitiv festgesetzt, da die Generalversammlung von der dieses abhängt, erst auf den 17./29. Dezember anberaumt ist. Die Berechnung des Zinsfußes unserer Darlehne ist also folgende: Der Darlehnsnehmer erhält für je Hundert des Nominalbetrages Ru. 97, wovon er laut §. 106 der Statuten Ru. 5 kling. Münze die auf Ru. 6 Credit-Billets normirt wurden, zum Vereins-Kapital beträgt, so daß ihm Ru. 91 Credit übrig bleiben. Hierfür zahlt er jährlich Ru. 6,80 Kop. und nach Abzug der Dividende durchschnittlich Ru. 5,90 Kop. Credit-Billets, — das heißt also

6½ pCt. von der erhaltenen Summe.

Daß dieser Prozentsatz bei den bei uns besteheaden Verhältnissen kein zu großer und drückender ist, beweist der Börsen-Wechsel-Disconto, welcher hier nur selten ein geringerer ist; der Grundbesitz hingegen trägt acht und mehr Prozente von dem Kaufpreise, so z. B. ist gegenwärtig der Kaufpreis einer Desjatine Landes im Liwenschen Kreise, Gouvernement Orel, oder Kurskschen (Gouvernement Kursk) Ru. 100—120, während die Pacht dafür 9—10 Rub. beträgt. Im Spaßkschen und Laischewsschen Kreise, (Gouv. Kasan) Kaufpreis 30—40 Rub., Pacht 3-4 Rub. in den allerunvortheilhaftesten Kreisen, wie z. B. dem Atkarskischen (Gouv. Saratow) ist der Kaufpreis der Desjatine 30—40 Rub. bei einer Pacht von 2½—3 Rub. —

Laut Statut darf das Darlehn der Gesellschaft, das auf kurzen Termin inbegriffen, die Hälfte des Taxationswerthes nicht übersteigen, somit beträgt die der Gesellschaft zu leisteude Zahlung nur 3¼ pCt. des Taxationswerthes einer der Gesellschaft verpfändeten Besitzung, nährend dem Besitzer mindestens 4¾ pCt. als freie Revenüen übrig bleiben, die Taxation der zur Bezeichnung angemeldeten Besitzungen wird laut Statut durch die Versammluug der Darlehns-Nehmer des betreffenden Bezirks bestimmt, welche auf Grund der gegenseitigen Bürgschaft für die Richtigkeit haften (Statut §. 79.).

Laut dem von der Generalversammlung bestätigten Reglement wird von der zu verpfändenden Besitzung durch ein Mitglied der Bezirks-Abtheilung eine genaue Beschreibung angefertigt, mit einer Berechnung des Reinertrages. Diese Beschreibung wird von der Bezirksversammlung geprüft, nöthigensalls in der Ertragsberechnung verändert und der Taxationswerth durch Capitalisirung aus 7—10 pCt. der Ertragsfähigkeit bestimmt.

Die auf diese Weise ermittelte Taxe wird mit allen dabei berücksichtigten Daten der Taxations-Commission in St. Petersburg, deren Mitglieder durch die General-Versammlung erwählt, vorgelegt. Diese hat das Recht, nach Ermessen die von der Bezirksversammlung festgesetzte Taxationssumme zu verringern, jedoch in keinem Falle zu erhöhen (Statut § 90). Die Mitglieder dieser Commission sind für die Richtigkeit der Taxation verantwortlich und zwar in doppeltem Verhältniß zur Summe für die sie als Mitglieder der Gesellschaft haften. (§. 56 des von der Generalversammlung bestätigten Taxations-Reglements). Bei derartigen Bestimmungen ist es begreiflich, daß die Taxationen des Vereins weit geringer als der wirkliche Kaufwerth sind. Als schlagender Beweis kann das Faktum dienen, daß seit Gründung der Gesellschaft, also im Laufe von 6 Jahren, nur 8, von den 2040 verpfändeten Besitzungen wegen rückständiger Zahlungen zur Subhastation kamen, von denen 3 Besitzungen insolvent erklärten Personen gehörten. Aus nachstehender Tabelle ist die Taxation, der Betrag des Darlehns, sowie die bei der Versteigerung erzielte Kaufsumme ersichtlich.

Im Jahre	Besitzung.	Gouvernement.	Tax-Werth.	Darlehen.	Erzielter Verkaufspreis.
1870	Shjäda,	Minsk,	50,000	20,000	39,950. 18¾ Kop.
"	Padkunowka,	Ssimbirsk,	304,688	121,875	215,000. "
"	Nowosinowiaska,	"	86,000	34,375	86,000. "
"	Domopol,	Witebsk,	16,000	6,400	11,156. "
"	Lushino,	"	37,500	15,000	27,265. "
"	Lebedko-Sspisharnaja,	Kasan,	6,000	2,400	3,786. 72 Kop.
1871	Sefremowka,	Charkow,	143,190	57,270	141,000. "
"	Kljutsch,	Rjäsan.	40,000	16,000	35,005. "

Somit wurde ungeachtet der bei Versteigerungen obwaltenden, ungünstigen Verhältnise, fast bei allen diesen Verkäufen der doppelte Betrag der Darlehne erzielt.

Unabhängig von der vollkommenen Sicherheit der gewährten Darlehne durch den obenerwähnten Modus der Taxation, welcher jedenfalls nicht geringere Summen als die Darlehne betrugen, beim zwangsweisen Verkauf der Besitzungen garantirt, sowie außrr der gegenseitigen Bürschaft aller verpfändeten Güter verfügt der Verein noch außerdem über Capitalien, die laut Statut zur sofortigen Deckung der Zins- und Amortisationsquoten bestimmt sind in dem nicht vorherzusehendem Falle eines zeitweiligen Nichteingebens der Zahlungen.

Das Vereins-Kapital wird nach Maßgabe der Ausgabe von Darlehen, wie oben erwähnt, gebildet und beträgt 5 pCt. vom Nominalbetrage der emittirten Pfandbriefe. Am 1. November bestand dasselbe bei einer Ausgabe von Darlehen (nach Abzug der eingezahlten Tilgungsquote) im Betrage von Silb.-Rub. 49,543,957. 73¼ Cop. in S.-Ru. 2,505,618. 75 Cop. in klingender Münze, d. h. Rubel 2,967,820. 26 Cop. Kreditbillets. Das Hilfs-Capital, welches dem Verein von der Regierung überwiesen worden ist, (§. 132) betrug am 1. November mit Zinsen Silb.-Rub. 5,791,454. 03 Cop. Es befinden sich also gegenwärtig in der Kasse des Vereins über 16pCt. von der Total-Summe der ausgegebenen Darlehen oder die volle Summe der im Laufe von 3 Jahren zu entrichtenden Zahlungen auf den ganzen Betrag der 50 Millionen emittirten Pfandbriefe. Wenn dieser Betrag bis auf 100 Millionen steigen wird, so werden beide Capitalien immer noch mehr als 12 pCt. betragen, indem das erste immer 5 pCt. ausmacht, das letztere aber bis dahin auf mindestens 7 Millionen gestiegen sein wird.

Nachstehende Tabelle weist die Anzahl der bis zum 1. Juli cr. verpfändeten Besitzungen in den verschiedenen Gouvernements auf, mit Areal, Taxation und Darlehnsbetrag.

	Anzahl des Besitzthums.	Anzahl der Desjatinen.	Taxations-Werth sämmtlicher Besitzthümer.	Darlehen auf sämmtliche Besitzthümer.	Höchste Durchschnitts-Taxation eines Gouvernements p. Desjatine.	Niedrigste Durchschnitts-Taxation eines Gouvernements p. Desjatine.	Durchschnitts-Taxation p. Desjatine für das ganze Areal.	Durchschnitts-betrag der Darlehne p. Desjatine.	Verhältniß zur Gesammt-summe der Darlehne in %
In 15 Gouvernements betrugen die Darlehen mehr als 1½ Millionen pr. Gouvernement und zwar im Tamboff'schen, Charkow'schen, Szimbirski'schen, Staretow'schen, Kief'schen, Pensa'schen, Orloff'schen, Szamow'schen, Kursk'schen. Poseltawa'schen, Woronesch'schen, Tula'schen, Podoli'schen, Jekaterinoslaw'schen. **Total** ··	1508	2,427,868	95,744,439	35,307,525	68,56	18,06	39,48	14,54	83,58
In 5 Gouvernements betrugen die Darlehne ½—1 Million pr. Gouv. u. zwar in Kasan, St Petersburg'schen, Wolini'schen, im Lande der Doni'schen Kosaken. **Total** ···	213	361,835	9,213,165	3,607,375	38,49	17,59	25,46	9,94	8,53
In 23 Gouv. betrugen die verabfolgten Darlehne weniger als 300,000 Rubel per Gouvernement. **Total** ···	319	770,724	8,878,755	3,326,075	41,42	4,13	11,52	4,31	7,87
Total ···	2040	3,560,427	113,836,359	42,242,975					
In den folgenden Gouvernements des europäischen Rußlands als Archangel'schen, Wologod'schen, Olonez'schen, Perm'schen, Strawropol'schen, sowie auch im Kaukasus und in Sibirien waren keine Darlehne ausgegeben.									

Daraus erhellt, daß ⅚ der Summe der Darlehen auf, in schwarzerdigen Gouvernements belegenen Besitzungen ertheilt worden sind.

Zum Schluß macht der Verwaltungsrath auf den §. 27 des Statuts aufmerksam, nach welchem der Rechenschaftsbericht des Verwaltungsraths für alle Mitglieder des Vereins, die sich vom Stande der Geschäfte Kenntniß verschaffen wollen, während des letzten Monats vor Abhaltung der General-Versammlung in dem Bureau der Verwaltung zur Einsicht offen liegt.

Die diesjährige General-Versammlung ist auf

den 17./29. December

einberufen und werden die Pfandbriefbesitzer, die als Mitglieder an derselben Theil zu nehmen wünschen, aufgefordert, ihre Pfandbriefe eine Woche vorher, das heißt

bis zum 10./22. December

bei der Kasse des Verwaltungsraths, oder bei den Bankhäusern, die das Incasso der Coupons besorgen, niederzulegen. Die erhaltene Quittung wird im Bureau des Verwaltungsraths gegen eine Eintrittskarte zur General-Versammlung am vorhergehenden Tage eingetauscht. Durch einfache Aufschrift auf der erwähnten Quittung kann Vollmacht einem Dritten gegeben werden, jedoch muß derselbe stimmberechtigtes Mitglied der General-Versammlung sein, d. h. Besitzer eines verpfändeten Gutes mit Darlehn von mindestens Silb.-Rub. 10,000, oder Inhaber von Pfandbriefen im Betrage von mindestens Silb.-Rub. 30,000.

Für den Verwaltungsrath

Präsident H. [illegible]ecker,
Director H. v. [illegible]stfeld.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Emilie Rühlow mit dem Lehrer Herrn Jul. Nitschke (Stettin—Grabow). —
Geboren: Ein Sohn Herrn E. Falbe (Stettin). — Herrn W. Mau (Presnitz). —
Gestorben: Müllergeselle Wilh. Schultz (Bartelshagen). — Fräul. Frieder. Scheerenberg (Colberg). — Tochter Anna des Herrn Krüger (Stralsund). — Tochter Bertha des Herrn Buchali (Stralsund). — Tochter Martha des Herrn Domnick (Stralsund). —

Berichtigung.

Unter den Beiträgen für die durch die Sturmfluth Verunglückten muß der letzte Beitrag heißen von Dewitz, Wussow 25 Rℳ.

Bekanntmachung.

Zur Abgabe der Offerten in Betreff der Lieferung des Brodes für die hiesigen gerichtlichen Gefangenen während des Zeitraums vom 1. Januar bis 31. Dezember 1873 ist ein Termin auf

den 9. Dezember 1872, Nachm. 4 Uhr,

vor dem Gefängniß-Inspektor **Sommer,** im Gefängniß-Inspektions-Bureau, Elisabethstraße Nr. 1, hier anberaumt, wozu Unternehmungslustige eingeladen werden.

Die Bedingungen können täglich, Morgens von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Inspektions-Bureau eingesehen werden.

Stettin, den 19. November 1872.

Königliches Kreisgericht.

Aus einigen der hülfsbedürftigen Orte unserer Provinz wird uns die Mittheilung, daß nicht nur Gaben in Geld, sondern auch in Naturalien, Kartoffeln, Reis 2c. für die Bedrängten erwünscht sein würden. Die Gaben, welche in Folge unseres Aufrufs vom 17. d. Mts. so reichlich uns zufließen, geben uns den Muth, an die Bewohner unserer Provinz, namentlich aber diejenigen unserer Stadt, auch Naturalien uns überweisen zu wollen. Wir wissen, daß wir keine Fehlbitte thun; richten wir doch unsere Bitte an Pommern für Pommern. — Zur Entgegennahme dieser Gaben ist Herr Kommerzien-Rath **Quistorp,** Bollwerk Nr. 3, bereit.

Stettin, den 26. November 1872.

Das Provinzial-Comitee zur Unterstützung der, durch die Sturmfluth des 12. und 13. November 1872 geschädigten Bewohner der Provinz Pommern.

Der Landtransport-Debit von Torf aus dem hiesigen Moore ist mir von der Königl. Regierung mir übertragen und wolle sich das Publikum direkt an mich wenden, um nicht übervortheilt zu werden.

Carolinenhorst, den 20. November 1872.

Der Torf- und Forstkassen-Rendant
Schreiber.